

Lothar Binding, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Senatsverwaltung für
Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
Herrn Staatssekretär Martin Matz
Oranienstraße 106
10969 Berlin

Berlin, 24.07.2020
Bezug: LdB 3
Anlagen:

Lothar Binding, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.417/2.419
Telefon: +49 30 227-73144
Fax: +49 30 227-76435
lothar.binding@bundestag.de

Bürgerbüro Heidelberg/Weinheim:
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Telefon: +49 6221-182928
Fax: +49 6221-616040
lothar.binding.wk@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion

Ordentliches Mitglied des
Finanzausschusses

Stellvertretendes Mitglied des
Haushaltsausschusses

Ihr Schreiben vom 23. Juli 2020 – Lager von Philip Morris

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, lieber Martin,

vielen Dank für Ihren ausführlichen Brief zum Thema Lager-
möglichkeiten bei Philip Morris.

Es ist mir etwas unangenehm nochmal zu schreiben, leide ich doch
auch nicht selten unter einer Korrespondenz, in der Dialog mit
dem Austausch von Monologen verwechselt wird – die sichere
Methode kein Ende zu finden.

Sie haben geschrieben, „dass es keine direkte Zusammenarbeit
und Unterstützung mit Ausnahme der entgeltlichen Zurverfü-
gungstellung der Räumlichkeiten der Philip Morris GmbH geben
wird.“

Jenseits aller Bedenken, die ich schon erläutert habe, fand ich
diese Vereinbarung „entgeltlich“ vernünftig. Gewissermaßen das
Richtige im Falschen. Auf diese Weise konnte zwar Philip Morris
sein Geschäft mit Krankheit und Tod immer noch mit der Wohltat
und Hilfe der Lagerung von Persönlichen Schutzausstattungen,
mit Gesundheitsschutz mental verknüpfen, aber wenigstens
konnte, bei angemessener Miete, nicht der Verdacht des
Sponsoring, des Gönnerhaften, des Günstlingswesens
ausgeschlossen werden. Hinsichtlich gesparter Kosten für
Werbung war selbst diese Regelung ein unbezahlbarer Schatz für
Philip Morris – wobei hier nicht nur der monetäre, sondern der
Vorteil in der Reputation im Vordergrund steht. Eine sich seit
Jahrzehnten wiederholende Werbestrategie der Tabakindustrie.

Nun der Schock: Ich lese am 2. Juni 2020:

„Philip_Morris_Deutschland@PhilipMorrisDE „#wecare – auch
in Berlin: Wir stellen der Berliner Senatsverwaltung für
Gesundheit...“ Batsch! Philip Morris macht in Gesundheit. Und
weiter: „Philip Morris stellt sein Werk in Berlin als temporäres



Logistikzentrum für Schutzausrüstungen im medizinischen Bereich unentgeltlich zur Verfügung“ Der übrige Presstext trieft geradezu von sozialem Engagement, von Hilfe und medizinischer Unterstützung.

Da sich nun „entgeltlich“ und unentgeltlich“ nicht unwesentlich unterscheiden und ich weiß, dass Sie mich natürlich nicht anlügen würden, folgt daraus, dass Sie mit einem Betrüger Geschäfte gemacht haben, der mit seiner Pressearbeit den Anschein erweckt, der Staat sei sein Günstling.

Und nun wird der Reputationsnutzen für die Tabakindustrie mit einem Reputationsschaden für Berlin bezahlt. Wir lernen erneut, dass es das Richtige im Falschen nicht ohne schlimme Folgen gibt. Der Berliner Senat sieht sich plötzlich zum Günstling von Philip Morris gemacht. So die öffentliche Botschaft.

Dazu kommt, dass der Eindruck genährt wird, dass die auffallende Zögerlichkeit bei der Verbesserung, also Verschärfung des Berliner Nichtraucherchutzgesetzes auch mit solchen Verbindungen zur Tabakindustrie zu erklären ist.

Das Landesprogramm „Berlin qualmfrei“ möchte ich sehr unterstützen, ist es doch noch ein weiter Weg von Shisha Bar und Raucherkeiße bis zu solchen Regelungen wie in Bayern, NRW oder dem Saarland.

Um anzudeuten wo die Sensibilität hinsichtlich Prävention und Gesundheitsschutz noch zu steigern wäre, möchte ich die Möblierung in der Stadt ansprechen. Die Möblierung in einer Stadt gibt Signale, schafft Raum für Atmosphäre. Wenn z.B. vor einem Amt in dessen Zuständigkeit Gesundheitsschutz fällt, auf der Treppe zu beiden Seiten des Eingangs Aschenbescher stehen, so gibt diese Möblierung die Anmutung, dass Rauchen und Gesundheit gut zusammenpassen. Dass auf diese Weise regelmäßig Rauch in die Treppenhäuser, Flure und Eingangsbereiche ziehen, Gäste oder Besucher gewissermaßen durch einen karzinogenen Vorhang gehen müssen, sind Nebeneffekte, die auch den Fachleuten im Gesundheitsamt auffallen könnten. Ich spreche dies an, um anzudeuten, wie die subkutane Dankbarkeit für die „Hilfen“ der Tabak- und Zigarettenindustrie, die Wahrnehmung deren aggressiven Gesundheitsgefährdung überlagert. Es geht immerhin um 120 Tausend Tote im Jahr, um schwere Herz-Kreislaufkrankheiten und um Krebs.

Zwei weitere diskussionswürdige Aspekte sind mir aufgefallen.



Sie schreiben: „Die Nutzung der Lagerungsmöglichkeiten ist derzeit alternativlos und die Räumlichkeiten werden noch dringend gebraucht um die Versorgung sicherzustellen.“ Ich denke, dass wir mit dieser Formulierung das Liegenschaftsmanagement von Berlin unterschätzen.

Sie sprechen die FCTC an. Das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs, das Tabakrahmenübereinkommen (FCTC), ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Er trat am 27. Februar 2005 in Kraft und wurde auch von Deutschland neben 167 weiteren Vertragsparteien unterschrieben und ist rechtlich bindend. Aber unabhängig davon sollten wir die FCTC eilig rechtlich bzw. gesetzlich umsetzen, denn die Ziele sind ja die gleichen Ziele, die Sie in Ihrem Brief formulieren. Selbst ohne dieses Abkommen sollten wir also entsprechende Gesetze zum Schutz der Gesundheit erlassen.

Nun spreche ich noch ein Dilemma an. Eigentlich sollten Sie auf einer Korrektur der falschen Pressemeldung von Philip Morris bestehen. Aber darauf wartet Philip Morris, denn dann wäre eine zweite Runde medialer Aufmerksamkeit möglich... das arme Berlin besteht auf Bezahlung, verschleudert Steuergelder... wo doch Philip Morris sich gönnerhaft um den Gesundheitsschutz kümmert. Wir haben es schon aus der Literatur gelernt. Mit bestimmten Leuten darf man keine Geschäfte machen. Weder entgeltlich noch unentgeltlich.

Hoffentlich helfen Ihnen meine Zeilen weiter.

Viele Grüße nach Berlin

Lothar Binding